

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Erhält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentonto: Dresden 33 327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Er erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in RM.) halbmonatlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



## Sächsische Schweiz

Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schönau, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 30 Pfg. Labelsartiger Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“, „Die Frau und ihre Welt“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiskürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 44

Bad Schandau, Freitag, den 21. Februar 1930

74. Jahrgang

## Frankreich und die Polenfrage.

Von Dr. R. F. Ling-Paris.

Das Liquidationsabkommen mit Polen wird in Frankreich mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt und begrüßt, wie es mit allen Vorgängen der Fall ist, die Polen betreffen, und in ganz besonderem Maße mit denen, die das Verhältnis von Deutschland und Polen zum Gegenstand haben. Im Auslande wurde bekanntlich dieses Abkommen verschiedentlich in dem Sinne aufgefaßt, als ob dadurch Deutschland sich des Rechtes auf eine Aenderung seiner Ostgrenzen begeben und ein für alle Mal auf das Vorbringen seiner Forderungen verzichtet hätte. Dadurch wird auch wieder die Frage aktuell, wie Frankreich sich dazu verhält. Die Lage ist ja doch nur einmal so, daß sich eine Erörterung des Ostproblems ohne Frankreich nicht denken läßt, wenn dasselbe vielleicht auch nicht direkt in Erscheinung tritt, sondern hinter den Kulissen arbeitet. Es ist zum Verständnis der Lage notwendig, mit einigen Worten die ursprüngliche Polenpolitik Frankreichs bei Abschluß des Versailler Vertrages in die Erinnerung zurückzurufen. Bekanntlich verdrängte Polen in seiner gegenwärtigen Gestalt sein Entstehen dem damals sehr lebhaften Wunsche Frankreichs, im Osten Europas ein Bollwerk zu errichten, das zwei Aufgaben zu erfüllen hatte, die einer Barricade gegen das bolschewistische Rußland und die zweite eines Druckmittels auf Deutschland, um dessen Energie vom Rhein abzulenken. Wie stehen heute die Dinge?

Das amtliche Frankreich ist kaum um einen Schritt von dieser alten Auffassung zurückgewichen und steht ihr im gegenwärtigen Zeitpunkt vielleicht näher als jemals in den letzten Jahren. Die Gegenbewegung gegen die Kommunisten hat zur Zeit in Frankreich einen Höhepunkt erreicht. Selbst unter Poincaré wagte man nicht derartige Schritte zu unternehmen, wie sie Tardieu als Außenminister, der er ja neben seinem Amt als Regierungsführer ist, noch vor seinem kürzlich erfolgten Sturze eingeleitet hat. Die Angelegenheit des aus der Sowjetbotschaft entwickelten früheren Wirtschaftsrats Besedowski und ganz besonders das Verschwinden des Generals Kutjepoff haben in hervorragender Weise dazu beigetragen, die Stimmung in den Reichsparteien derart zu erregen, daß sie am liebsten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland fähen. In den Straßen von Paris sind mannshohe Plakate in grellen Farben angebracht, die sogar eine Durchschingung der Sowjetbotschaft fordern. Angesichts solcher Stimmung gewinnt Polen mehr denn je wieder die alte Bedeutung, die ihm von Anfang zugebracht war, und so wird man sich schwer hüten, es in irgend einer Weise zu verletzen und etwa ein deutsches Verlangen nach Grenzberichtigung im Osten gut zu heißen. In jeder denkbaren Weise schmachtet man Polen. Wenn ein polnisches Kriegsschiff auf einer französischen Werft vom Stapel läuft, wenn ein Denkmal eines polnischen Patrioten in Paris oder in Warschau enthüllt wird, wenn überhaupt ein Anlaß zu besonderen Festlichkeiten vorhanden ist, so kann man sicher sein, daß Polens Lob und die angeblich unverbrüchlichen Beziehungen beider Länder amtlicherseits in den höchsten Tönen gefeiert werden. Jeder polnische Außenminister verbringt einen guten Teil seiner Amtszeit in Paris, man sieht ihn immer wieder vor großen Tagungen in Genéve und anderswo dort auftauchen, und er ist auch sonst ein ständiger Gast Frankreichs. Die finanzielle, militärische und politische Unterstützung Frankreichs hat nicht nachgelassen. Polen gilt ihm nach wie vor als eine Hauptkarte in seinem außenpolitischen Spiel.

Nun ist es allerdings schon wiederholt vorgekommen, daß dieses also umschmeichelte Polen die Lage wie ein richtiger Expreßer auszunutzen verstand. Schon im Augenblick der Locarnoabstimmung machte es sich recht unliebsam bemerkbar und verfuhr bekanntlich unter vielem Geschrei, möglichst jede Erwähnung der Ostfragen zu verhindern. In gewissem Maße ist Frankreich der Gefangene seiner eigenen Schöpfung, und es hat Augenblicke gegeben, wo Briand und ein Teil der öffentlichen Meinung durch das aufgeregte Gebaren Polens befehdet, wenn nicht geföhrt wurden.

Es war bisher von der Haltung der Rechtsparteien die Rede. Ist die der Linken anders? Gewisse Ansätze dazu sind unverkennbar; vereinzelt erschienen über Danzig und den Korridor Artikelreihen, die in Polen Aufsehen erregt und einmal sogar zu einem förmlichen Protest geführt haben. Auch dürften die jüngsten Politiker, namentlich diejenigen, die erst während des Krieges und später zu Männern herangewachsen sind, den Ostfragen eine viel geringere Bedeutung beimessen als die ältere Generation. Es ist aber noch zu früh, um mit Sicherheit zu sagen, ob sich hier eine Strömung vorbereitet, die einmal an Kraft und Breite gewinnen wird, oder ob es sich hier nur um Ansichten eines kleinen Kreises handelt, der im Augenblick keinen sehr großen politischen Einfluß besitzt. Bei alledem darf schließlich nicht folgendes übersehen werden: Die Energie Frankreichs ist, abgesehen von der Londoner Abrüstungskonferenz, in der Hauptsache von innerpolitischen Fragen in Anspruch genommen. Zwar wird noch immer über Räumung, Deutschland, Stahlhelm und Giftgase in der Presse und zwischen den Parteien gestritten, aber der eigentliche Parteikampf spielt sich auf innerpolitischem Boden

ab. Das bedeutet natürlich keinen Vorteil für die deutschen Ostforderungen, da dieses Problem erst wieder mit Gewalt in die Erörterung eingeföhrt werden müßte. Man wird daher kaum mit einer Wendung in Frankreich zugunsten der deutschen Auffassung rechnen können und gut tun, auch auf die Linke keine übertriebenen Hoffnungen zu setzen, es sei denn, daß die allgemeine weltpolitische Lage durch die Politik Italiens ein neues Gesicht erhalte. Nicht ohne Vorgrünis verfolgt Frankreich die Annäherung Italiens an Bulgarien und Ungarn und jetzt auch an Oesterreich, weil es darin den

Versuch erblickt, den jugoslawischen Basallen einzutreten. Es ist denkbar, daß man eines Tages unter dem Einfluß dieser Politik — vor allem, wenn keine Einigung über die Flottenstärke zwischen Italien und Frankreich erzielt werden könnte — Deutschlands Ostforderungen mit günstigeren Augen betrachtet, um dadurch Deutschland sich anzunähern und möglichst von dem Anschluß abzuhalten, der in französischen Augen das letzte Glied der Kette von Jugoslawien bildet. Diese Möglichkeit sei erwähnt, ohne ihr allzu große Bedeutung beizumessen.

## Im Finanzlabyrinth

### Die Sorge um den Reichsetat.

Angestrengte Suche.

Das Reichskabinett trat Donnerstag gegen Abend zusammen, um sich endgültig mit den für den Reichshaushaltsplan für 1930 festzusetzenden Aufgaben zu beschäftigen. Außerdem war in Aussicht genommen, das Liquidationsabkommen mit Polen einer erneuten Besprechung zu unterziehen, zumal von verschiedenen politischen Seiten Wünsche lebhaft in die Erscheinung getreten sind, dieses Abkommen von den sonstigen Reparationsgesetzen nach dem Young-Plan abzulösen und die Beschlusfassung darüber einstweilen zu verlagern. Ob dieses Verlangen die Zustimmung des Reichskabinetts finden würde, wurde allerdings lebhaft bezweifelt. In politischen Kreisen trat vielfach die Ansicht stark hervor, die Regierung werde nach dem Plan des Reichsaussenministers Doktor Curtius die Young-Gesetze einheitlich verbunden mit den Liquidationsabkommen im Reichstage zur Vorlage bringen.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat bekanntlich seine Besprechungen mit den Parteiführern und den Sozialpolitikern der Regierungsparteien abgeschlossen und erklärt, bis Dienstag nächster Woche werde er nunmehr eigene Deckungsvorschläge für den Reichshaushaltsplan ausarbeiten. In Betracht gekommen sind mehrere Vorschläge, die aber keine einheitliche Aufnahme fanden. Starke Widerstand findet fortgesetzt die Idee, den Ausfall bei der Arbeitslosenversicherung durch Reformen dieser Versicherung selbst auszugleichen. Das Defizit berechnet sich immer noch auf mindestens 100 Millionen Mark. Der Finanzminister wollte die Deckung des Defizits der Reichsanstalt selbst übertragen, für die sie in sich eine qualifizierte Mehrheit finden müßte. Mangels Einigung sollte das Kabinett entscheiden. Nach einem weiteren Vorschlag sollte die Differenz durch Beitragserhöhung um ein Viertel bis ein halbes Prozent gedeckt werden oder durch ein allgemeines Notopfer. Aber alle diese Vorschläge konnten keine Mehrheit bei der Besprechung auf sich vereinen. Deshalb will nun der Finanzminister mit neuen Plänen hervortreten.

### Für eilige Leser.

\* Der Reichsrat stimmte am Donnerstag in einer Vollsession dem Gesetzentwurf zu, der das Reichsjustizministerium ermächtigt, bis zum April 1933 Hilfsrichter in Zivil- und Strafsachen zum Reichsgericht hinzuzuziehen.

\* Ueber die Besprechungen zwischen den Reichsministern Schmidt und Dietrich und dem rumänischen Finanzminister Madgearu wird lebhaft mitgeteilt, daß hierbei die gegenwärtigen Schwierigkeiten in den rumänisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen, insbesondere die deutsche Industrierausfuhr nach Rumänien und die rumänische Futtermittelausfuhr nach Deutschland einer eingehenden Prüfung unterzogen worden sind.

\* Wie der „Vorwärts“ meldet, ist Gesandter Ulrich Nauser von Warschau nach Berlin zur Berichterstattung abgereist.

\* Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Vertreter der OGPU in Leningrad, Medwed, bei der Sowjetregierung die Schließung sämtlicher Kirchen, Synagogen und anderer Bethäuser in Leningrad beantragt. Die OGPU erklärt, die Schließung der religiösen Institute müsse sofort durchgeführt werden. Man erwartet, daß zum 1. Mai 1930 keine Kirche in Leningrad mehr existieren werde.

\* Der englische Botschafter in Washington, Sir Esmé Howard, übergab am Mittwoch dem Präsidenten Hoover sein Abberufungsschreiben. Seine Nachfolge als Botschafter hat Sir Ronald Lindsay übernommen.

### Keine Herausnahme des Polenvertrages.

Berlin. Im weiteren Verlauf der Kabinettsführung erhaltete, wie halbamtlich mitgeteilt wird, der Reichsaussenminister Bericht über den Stand der Ausführgverhandlungen über den Youngplan und ferner über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen. Das Kabinett beschloß, im Sinne der Ausführungen des Reichsaussenministers an seinen früheren Entscheidungen festzuhalten.

Dieser Kabinettsbeschuß bedeutet also, daß eine Herausnahme des polnischen Liquidationsabkommens aus den Youngplanabmachungen nicht geplant ist, und daß das Kabinett nach wie vor auf gleichzeitiger Verabschiedung durch den Reichstag besteht.

### Zollerhöhungen für Kaffee und Tee beschloffen.

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett ermächtigte in seiner am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers stattgehabten Sitzung den Reichsfinanzminister zum Erlaß einer Verordnung über die Inkraftsetzung der Zollerhöhungen für Kaffee und Tee; welche in dem Gesetz vom 8. April 1922 über Erhöhung von Zöllen beschloffen sind.

Die vom Reichsfinanzminister daraufhin zu erlassende Verordnung wird unverzüglich der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Die Erhöhung tritt am 5. März d. J. in Kraft.

Das Reichskabinett erledigte alsdann die Ausgabenfrage des Etats für 1930 bis auf einige kleinere Restpunkte, die noch im Laufe dieser Woche ihre abschließende Behandlung finden werden.

### Durchbrochene Vertraulichkeit.

Indiskretionen.

Der Zwischenfall, der sich in den fortgesetzten Beratungen der vereinigten Ausschüsse für Haushalt und auswärtige Angelegenheiten im Reichstag über den Young-Plan zwischen dem Reichsminister Dr. Wirth und dem deutschnationalen Abgeordneten von Freytag-Loringhoven am Mittwoch zutrug, hat mittlerweile eine eigenartige Aufklärung erfahren. In der rechtsstehenden Deutschen Zeitung war ein Bericht über die vertraulichen Sitzungen der Ausschüsse vom vorhergehenden Tage erschienen, der zugleich eine politische Stellungnahme der genannten Zeitung ausdrückte.

Dr. Wirth war der Meinung, gewisse Einzelheiten aus der Sitzung hätten dem Blatt nur durch den Abgeordneten Freytag-Loringhoven zugehen können, weil dieser als ständiger Mitarbeiter der Deutschen Zeitung bekannt ist. In Wirklichkeit hatte sich aber ein Redakteur der Deutschen Zeitung in die vertrauliche Sitzung im Reichstage einschleichen und unter einer Bank verbergen können.

Von ihm stammte die Auslassung des Blattes. Der Vorsitzende der vereinigten Ausschüsse, Abg. Scheideemann, gab in der Donnerstagsitzung davon Kenntnis und fügte hinzu, es sei somit festgestellt, daß keine Indiskretion eines Ausschussmitgliedes vorliege. Wenn die Ausschüsse, so sagte er weiter, den Beschluß faßten, vertraulich zu verhandeln, so gehe das nicht, um den Zeitungen ihre Arbeit zu erschweren und überhaupt Geheimnisträmerei zu treiben, sondern im vaterländischen Interesse und um dem Ausland nicht von vornherein Inzertispunkte zu geben. Außerdem sei der Bericht in der Deutschen Zeitung vollkommen entstellt und unrichtig gewesen.

Im Verlauf der weiteren Debatte, die auch Donnerstag vertraulich über die Sanktionsfragen verbreitete, sagte der deutschnationalen Abgeordnete Graf Westarp, auch er könne das Verhalten des Zeitungsbereiters in dem vorliegenden Falle nicht billigen, und Abgeordneter Koch-Berger (Dem.) bemerkte, es handele sich um keine